

Die Parkplatzverordnung trifft alle

In der Parkplatzverordnung geht es um viel mehr als nur um Parkplätze. Mit einer ideologischen Planwirtschaft soll die Bevölkerung zum Umstieg auf ÖV, Velo oder Fussmarsch gezwungen werden. Wer trotzdem noch Auto fährt, wird mit hohen Gebühren bestraft. Firmen werden in ihrer Entwicklung behindert – durch die Reduktion der Kunden- und Mitarbeiterparkplätze bei Ausbauten und zahlreiche Zusatzforderungen bei Umbauten von Liegenschaften.

Winterthur: Hinter der Mobilität der Winterthurer Bevölkerung stehen die Bedürfnisse der Menschen. Um diese bestmöglich zu befriedigen sind je nach Situation unterschiedliche Verkehrsmittel geeignet. Diese gilt es mit Vernunft zu wählen. Doch dazu benötigt die Bevölkerung nicht die Bevormundung des Staates, welcher uns mit der geplanten Parkplatzverordnung (PPVO) zum Umstieg auf den ÖV, das Velo oder zum Fussmarsch zwingen will. Die grosse Mehrheit der Stadtbewohner verwendet heute schon ganz bewusst verschiedene Verkehrsmittel.

Gerangel vorprogrammiert

Die Parkplätze sollen nicht mehr nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant, sondern planwirtschaftlich durch den Staat festgelegt werden. Bei neuen Wohnbauten wird nur noch rund die Hälfte der Mieter oder Käufer einen Parkplatz haben. Besucherparkplätze sind nahezu keine mehr vorgesehen. Durch die geplante deutliche Reduktion



Bei Arbeitsbeginn um 6.00 Uhr benötigen Arbeitnehmende Parkplätze, um pünktlich zu beginnen – deshalb sagen sie NEIN zur PPVO. Bilder: pd.

der privaten Parkplätze werden die Anwohner in den Quartieren gezwungen, ihre Autos auf den jetzt schon zu knapp bemessenen Parkplätzen in den blauen Zonen abzustellen. Suchverkehr und ein Gerangel um die raren Parkplätze in den Quartieren sind vorprogrammiert. Mehrverkehr ist die Folge.

Gebührenwucher stoppen

Seit dem 1. Mai 2015 gelten für die Nachtparkplätze in Winterthur mit 50 Franken pro Monat die schweizweit höchsten Gebühren. Selbst der Preisüberwacher bezweifelt deren Rechtmässigkeit. In St. Gallen, Zürich, Bern und Gappenzahlte die Bevölkerung weniger

als die Hälfte. Auf diversen Parkplätzen der öffentlichen Hand wurden zudem per 1. Juli 2015 neue Gebühren eingeführt. Mit der geplanten Parkplatzverordnung (PPVO) sind öffentlich zugängliche Parkplätze lenkungswirksam zu bewirtschaften. Die Erläuterungen zur PPVO aus dem Jahr 2013 zeigen dabei klar, dass der Gemeinderat von Tarifen (sprich Kosten) redet sowie dem Gebührenreglement, welches angepasst werden müsste. Für die links-grüne Mehrheit im Gemeinderat ist dies ein willkommenes Mittel, um das Autofahren möglichst unattraktiv zu gestalten. Gemäss den Erläuterungen sind folgende Parkplätze zu bewirtschaften: «Park-

plätze auf öffentlichem Grund sowie allgemein zugängliche öffentliche und private Kunden- und Besucherparkplätze von Einkaufszentren, Fachmärkten, Freizeitanlagen und öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Spitäler, Sportanlagen, Museen und Heime» ab 10 Parkplätzen. Den geplanten Gebührenwucher gilt es zu verhindern.

Arbeitnehmerfeindliches Experiment

Eine Reduktion von Parkplätzen beim Einkaufsverkehr führt nicht dazu, dass Kunden, wie behauptet, vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, sondern dass sie ausweichen. Dies belegt eine Studie, welche vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) und vom Amt für Raumplanung (ARE) publiziert wurde. Mit der geplanten PPVO werden die Kunden zum Einkauf in die umliegenden Gemeinden abwandern, was eine Verlagerung der Arbeitsplätze aus der Stadt in die Landgemeinden mit sich bringt. Doch für die Winterthurer Bevölkerung benötigen wir

dringend zusätzliche Arbeitsplätze in unserer Stadt. Das Resultat der PPVO wäre nicht weniger Verkehr, sondern insgesamt ein deutlicher Mehrverkehr und weniger Arbeitsplätze. Das ist sicher keine nachhaltige Politik und schadet den Winterthurer Arbeitnehmenden. Eine Schaffung von 10000 Arbeitsplätzen wird so zur reinen Illusion. Dies hat auch der Stadtrat erkannt und empfiehlt die neue PPVO deshalb zur Ablehnung. In Winterthur leben, wohnen und arbeiten bedeutet Lebensqualität, die nicht fahrlässig geopfert werden darf.

Aus den genannten Gründen setzen sich die Mehrheit der im Winterthurer Gemeinderat vertretenen Parteien, die bürgerlichen Jungparteien, diverse Organisationen sowie zahlreiche Verbände der Winterthurer Wirtschaft gegen die PPVO ein. Setzen auch Sie ein Zeichen für die Wohn- und Arbeitsstadt Winterthur und stimmen Sie am 18. Oktober 2015 Nein zur Parkplatzverordnung!

Komitee «Nein zur Parkplatzverordnung»

Breit abgestütztes Komitee sagt Nein zur PPVO



Inkürze

MSW-Initiative eingereicht

Winterthur: 3250 Unterschriften konnte das Initiativkomitee «Erhalt der MSW» letzte Woche der Stadt überreichen. Zwar ist die Existenz der Mechatronik Schule Winterthur aktuell nicht gefährdet; jedoch verlangt die im Juni von der Stadt gewählte Zielrichtung «Abspeckungen». Die Initianten verlangen, dass das Volk dabei zwingend ein Mitspracherecht haben muss.

SVP lädt zu Talk und Bier

Winterthur: Die SVP Winterthur lädt heute Dienstag, 29. September, um 19 Uhr zu Talk und Bier in die First Choice Bar am Lindenplatz Wülflingen ein. Es gibt keine langen Vorträge, sondern die Möglichkeit, mit den Nationalratskandidierenden Natalie Rickli, Jürg Stahl, Daniel Oswald, Wolfram Kuoni, Therese Schläpfer und Martin Hübscher zu diskutieren und sich über aktuelle Themen aus erster Hand zu informieren. red.

ANZEIGE

Für eine freie, eigenständige Schweiz



Ernst Schibli (bisher) wieder in den Nationalrat

2x auf jede Liste

H.U. Vogt in den Ständerat Liste 1 wählen SVP

gruppenfoto



Das ist der Grosse Gemeinderat Winterthur

Der Grosse Gemeinderat Winterthur, rund um Gemeindepräsident Markus Wenger (2. v.l. vorne), traf sich letzte Woche zum Fotoshooting. Bild: Peter Schönenberger